

Antrag auf Unterstützung durch den ver.di Sozialverein

Der ver.di-Sozialverein unterstützt Beschäftigte und ehemals Beschäftigte der Deutschen Telekom, welche Mitglied in ver.di sind und die sich im Rahmen der Covid-19 Pandemie unverschuldet in einer finanziellen Notlage befinden. Neben diesen Voraussetzungen muss eine Hilfsbedürftigkeit gemäß der Abgabenordnung §53 Ziffer 2 gegeben sein. Um eine entsprechende Bearbeitung des Antrags zu ermöglichen, bitten wir den Antrag und das beigefügte Formular „Angaben zur Erfüllung der Hilfsbedürftigkeit“ auszufüllen, zu unterschreiben, und an folgende Adresse weiterzuleiten:

- ver.di Sozialverein e.V., ver.di Bundesverwaltung FB TK/IT, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin
- info@verdi-Sozialverein.de

Hinweis:

Die Bearbeitung und Auszahlung der Förderbeträge erfolgt mit Unterstützung des Betreuungswerks Post, Postbank und Telekom. Dem entsprechend werden, auf der Grundlage einer Vereinbarung zur Auftragsdatenverarbeitung, Angaben zur Antragstellung an das Betreuungswerk weitergeleitet. Seitens des Betreuungswerks erfolgt dann im Auftrag des Sozialvereins eine Kontaktaufnahme und Anforderung von erforderlichen Nachweisen, um die Voraussetzungen der wirtschaftlichen Hilfsbedürftigkeit zu dokumentieren.

Da finanzielle Mittel nur begrenzt zur Verfügung stehen, kann ggf. nicht jeder Antrag berücksichtigt werden.

Angaben der/des Antragsteller*in

Name, Vorname: _____

Anschrift: _____

Kontoverbindung: Institut: _____

IBAN: _____ BIC: _____

ver.di - Mitgliedsnummer: _____

Begründung des Antrags:

Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung:

Ich bin damit einverstanden, dass der ver.di- Sozialverein e.V. die Angabe zu meiner Gewerkschaftsmitgliedschaft verarbeitet, um über meine Person betreffende Unterstützungsleistungen zu entscheiden und diese Entscheidung zu dokumentieren. Die mir übersandten Informationen zum Datenschutz habe ich erhalten, gelesen und meinen Haushaltsangehörigen zur Verfügung gestellt. Ich habe die darin enthaltenen Hinweise zu meinem Recht, die vorstehende Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen, zur Kenntnis genommen.

Datum/Unterschrift Antragsteller*in

Anlagen:

Angaben zum Nachweis der wirtschaftlichen Hilfsbedürftigkeit (bitte unbedingt vollständig ausfüllen, unterschreiben und dem Antrag beifügen)

Informationen zum Datenschutz

Förderrichtlinie des ver.di Sozialvereins

Angaben zum Nachweis der wirtschaftlichen Hilfsbedürftigkeit

Anlage 1a

Alleinstehende/Alleinerziehende	€ 2160,- x _____ Pers. = _____	Summe der monatlichen Bruttoeinkünfte einschließlich Kindergeld (Löhne, Gehälter, Pensionen, Renten, sonstige Bezüge z.B. Unterhalt) abzüglich zu leistender Unterhaltszahlungen	= _____
Ehe-/Lebenspartner	€ 1.556,- x _____ Pers. = _____	abzüglich 1/12 Arbeitnehmer-Pauschbe- € 83,33 x _____ Pers. = - _____ trag ³⁾ Je Arbeitnehmer	
Haushaltsangehörige über 18 Jahre	€ 1.380,- x _____ Pers. = _____	abzüglich der monatlichen Versorgungsfreibeträge der Pensionäre (siehe Einkommenssteuerbescheid)	= - _____
Haushaltsangehörige von 14 bis 17 Jahren	€ 1.312,- x _____ Pers. = _____	abzüglich 1/12 von € 102,- je Rentner und je Pensionär € 8,50 x _____ Pers. = - _____	
Haushaltsangehörige von 6 bis 13 Jahren	€ 1.232,- x _____ Pers. = _____	abzüglich 1/12 von € 180,- je Empfänger sonstiger Bezüge € 15,- x _____ Pers. = - _____ (z.B. Kindergeld, Unterhalt)	
Haushaltsangehörige 0 bis 5 Jahren	€ 1.000,- x _____ Pers. = _____	Andere monatl. Einkünfte⁴⁾ (Einnahmen abzgl. Werbungskosten. Diese können Sie z.B. Ihrem letzten Einkommensteuerbescheid bzw. Lohnsteuerjahresausgleichsbescheid entnehmen)	= + _____
Summe Regelsatz (A) =		Summe Haushaltseinkommen (B) =	

³⁾ Hinweis: Sind die **monatlichen** Werbungskosten (z.B. Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, Arbeitsmittel, Beiträge zu Berufsverbänden, Fortbildungskosten) höher als € 83,33 dann ist der Mehrbetrag dem Betrag von € 83,33 hinzuzurechnen.

⁴⁾ Jahresbeiträge bitte zu 1/12 angeben

Angaben zum Vermögen

Kontoguthaben der Haushaltsangehörigen:€
Sparguthaben der Haushaltsangehörigen:€
Wertpapiervermögen der Haushaltsangehörigen:€
Immobilienvermögen der Haushaltsangehörigen: (ausgenommen ist selbstgenutztes Wohneigentum)€
Sonstiges Vermögen der Haushaltsangehörigen:€
Summe des Vermögens der Haushaltsangehörigen€

NICHT zum Vermögen zählen:
• Hausrat, PKW, Schmuck und selbst bewohntes Wohneigentum in üblicher Ausstattung

als Vermögen⁵⁾ wird gewertet z.B.:
• Finanzvermögen (Sparbücher, Wertpapiere,

sonstige Guthaben, etc.)

Immobilien, Grundstücke

⁵⁾ Vermögen abzüglich laufender Schulden

1. Ihr Haushaltseinkommen (Summe B) **beträgt weniger** als der Regelsatz (Summe A): Ja Nein
2. Das Vermögen jeder einzelnen Person beträgt **weniger als € 15.500,-**: Ja Nein

Sofern **beide** Fragen mit **Ja** beantwortet werden, sind die gemeinnützigen Voraussetzungen für die Unterstützungsleistung gegeben.

Bestätigung der Angaben (nur vollständig ausgefüllte Formulare können bearbeitet werden)

Datum Name, Vorname (bitte in Druckbuchstaben)

Unterschrift

Datenschutz-Informationen des ver.di Sozialverein e. V. für Antragsteller (und deren Haushaltsangehörige) im Hinblick auf Unterstützungsleistungen anlässlich der Covid-19-Pandemie nach Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Der Antrag auf Unterstützung durch den ver.di Sozialverein sowie die Entscheidung über diesen Antrag und die Zahlung von Unterstützungsleistungen erfordert die Verarbeitung personenbezogener Daten. In diesem Dokument finden Sie nähere Information über die Datenverarbeitung und Ihre Rechte. Personenbezogene Daten sind alle Daten, die sich auf eine bestimmte oder bestimmbare natürliche Person beziehen, also z.B. Ihr Name, Ihre Kontaktdaten, Ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft und die Angaben zu Einkommen und Vermögen. Zwar werden keine Namen von Haushaltsangehörigen erhoben, es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass durch etwaig verfügbares Zusatzwissen ein Personenbezug hergestellt werden kann. Insofern richten sich diese Datenschutzinformationen gleichfalls an die Haushaltsangehörigen des Antragstellers und sind diese vom Antragsteller zugänglich zu machen.

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen i.S.d. Artikel 4 Nr. 7 DS-GVO

Der Verantwortliche i.S.d. Artikel 4 Nr. 7 DS-GVO ist der ver.di Sozialverein e. V. (Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin; Telefon (0 30) 69 56 – 2450; Fax (0 30) 69 56 - 37 15; E-Mail info@verdi-sozialverein.de).

2. Kontakt in Bezug auf Datenschutz

Der ver.di Sozialverein e. V. hat in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der DS-GVO und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) keinen betrieblichen Datenschutzbeauftragten bestellt: In Datenschutzangelegenheiten wenden Sie sich bitte an:

Vorstand ver.di Sozialverein e.V., Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, E-Mail: info@verdi-sozialverein.de

3. Zweck der Datenverarbeitung

Die personenbezogenen Daten, die wir über Ihren Antrag auf Unterstützung erheben, werden wir verarbeiten, um über Ihren Antrag zu entscheiden, diese Entscheidung zu dokumentieren und ggf. die Unterstützungsleistung auszuzahlen.

4. Rechtsgrundlagen, berechnete Interessen

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Antragstellers ist zum einen die Einwilligung, die im Rahmen der Antragstellung erklärt wird (Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchst. a DS-GVO). Dies betrifft die Verarbeitung der Angabe zur Mitgliedschaft in der Gewerkschaft ver.di. Im Übrigen erfolgt die Verarbeitung der Daten des Antragstellers sowie der Daten von Haushaltsangehörigen auf Basis des Art. 6 Abs. 1 S.1 Buchst. b DS-GVO. Nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchst. b DS-GVO können personenbezogene Daten verarbeitet werden wenn berechnete Interessen an der Verarbeitung bestehen und die Interessen der betroffenen Personen an dem Ausschluss der Verarbeitung nicht überwiegen. Das berechnete Interesse des ver.di Sozialvereins liegt darin, die Unterstützung nur Berechneten und Bedürftigen zu gewähren. Für die Verarbeitung von Daten von Haushaltsangehörigen tritt noch das berechnete Interesse des Antragstellers hinzu, die Unterstützung zu erhalten.

5. Kriterien für die Speicherdauer

Soweit die Rechtmäßigkeit der Speicherung auf dem Bestand der berechneten Interessen des Verantwortlichen beruht, sind die Interessen des Verantwortlichen, die Interessen Dritter und die der betroffenen Person und deren Veränderung maßgebliche Kriterien für die Speicherdauer.

Soweit die Speicherung ausschließlich auf einer Einwilligung beruht, führt ein wirksamer Widerruf der Einwilligung in der Regel dazu, dass die Daten gelöscht werden.

Der Löschung können rechtlich verbindliche Aufbewahrungspflichten entgegenstehen. Sofern z. B. personenbezogene Daten in Buchungsbelegen und Geschäftsbriefen enthalten sind, werden diese entsprechend den Aufbewahrungsfristen nach § 147 AO mindestens für 10 bzw. 6 Jahre gespeichert.

6. Empfänger und Kategorien von Empfängern

Zu den Kategorien von Empfängern Ihrer personenbezogenen Daten können zählen:

- Behörden (insbesondere solche der Finanzverwaltung);
- Externe Dienstleister, die für uns Dienstleistungen im Rahmen von Auftragsdatenverarbeitungen oder sonstigen Dienstleistungsverträgen erbringen (z.B. IT- Dienstleistungen; Bankdienstleistungen; Durchführung von Geld-Überweisungen, Kommunikationsdienstleistungen oder die Vernichtung von Datenträgern);
- Gerichte im Rahmen von Rechtsstreitigkeiten und sonstigen rechtlichen Auseinandersetzungen; Rechtsanwälte im Rahmen von Rechtsstreitigkeiten und sonstigen rechtlichen Auseinandersetzungen sowie der Rechtsberatung; Wirtschaftsprüfer, Steuerberater;

7. Übermittlung in Drittstaaten

Eine sonstige Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten in andere Staaten außerhalb der Europäischen Union ist nicht beabsichtigt, aber auch – sofern diese rechtmäßig ist – nicht ausgeschlossen.

8. Rechte der betroffenen Personen

a. Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung und Datenübertragbarkeit

Ihnen stehen nach der DS-GVO u. a. die folgenden Betroffenenrechte zu:

- **Art. 15 DS-GVO: Auskunftsrecht der betroffenen Person**
Unter den Voraussetzungen des Art. 15 DS-GVO haben sie u.a. das Recht, Auskunft darüber zu erhalten, welche Daten zu Ihrer Person durch den Verantwortlichen verarbeitet werden.
- **Art. 16 DS-GVO: Recht auf Berichtigung**
Sollten die Sie betreffenden Daten nicht richtig oder unvollständig sein, können Sie unter den Voraussetzungen des Art. 16 DS-GVO die Berichtigung unrichtiger oder die Vervollständigung unvollständiger Angaben verlangen.
- **Art. 17 DS-GVO: Recht auf Löschung**
Unter den Voraussetzungen des Art. 17 DS-GVO können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen.
- **Art. 18 DS-GVO: Recht auf Einschränkung der Verarbeitung**
Unter den Voraussetzungen des Art.18 DS-GVO können Sie die Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen.
- **Art. 20 DS-GVO: Recht auf Datenübertragbarkeit**
Unter den Voraussetzungen des Art. 20 DS-GVO können Sie Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen verlangen.

Die näheren Voraussetzungen der vorgenannten Ansprüche ergeben sich aus der Datenschutz-Grundverordnung und dem Bundesdatenschutzgesetz.

b. Widerspruch gegen bestimmte Verarbeitungen gemäß Art. 21 DS-GVO, Widerspruch in Bezug auf die werbliche Nutzung personenbezogener Daten

Soweit wir die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf eine Interessenabwägung (Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchst. e bzw. f DS-GVO) stützen, können Sie aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der betreffenden personenbezogenen Daten Widerspruch einlegen. Bei Ausübung eines solchen Widerspruchs bitten wir um Darlegung der Gründe, weshalb wir Ihre personenbezogenen Daten nicht wie von uns durchgeführt verarbeiten sollten. Im Falle Ihres begründeten Widerspruchs prüfen wir die Sachlage und werden entweder die Datenverarbeitung einstellen bzw. anpassen oder Ihnen unsere zwingenden schutzwürdigen Gründe aufzeigen, aufgrund derer wir die Verarbeitung fortführen.

Ihren Widerspruch können Sie schriftlich oder per E-Mail mithilfe der obengenannten Kontaktdaten erklären.

c. Beschwerden bei der Aufsichtsbehörde

Ferner haben Sie das Recht, sich bei der Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer Daten nicht rechtmäßig erfolgt (Art. 77 DSGVO). Die Anschrift der für uns zuständigen Aufsichtsbehörde lautet: Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Friedrichstr. 219, 10969 Berlin, Tel.: +49 (0)30 13889-0, Fax: +49 (0)30 2155050, E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de

9. Einwilligungserklärungen, Widerruf

Ihre Einwilligungserklärung können Sie jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt unberührt. Unberührt bleibt ggf. gleichfalls die Zulässigkeit der Verarbeitung der Daten auf Basis anderer Rechtsgrundlagen. Ohne die Einwilligungserklärung zur Verarbeitung der Angabe zu Mitgliedschaft in der Gewerkschaft, kann jedoch über Ihren Antrag nicht entschieden und keine Unterstützungsleistung gewährt werden.

10. Gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen zur Bereitstellung personenbezogener Daten

Sie sind weder vertraglich und gesetzlich verpflichtet, personenbezogene Daten zur Verfügung zu stellen. Ohne die Angabe personenbezogener Daten ist jedoch eine Entscheidung über die Unterstützungsleistung nicht möglich.